

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 120
November
2020

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

Die neue US-Präsidentschaft könnte zu einem wichtigen Wendepunkt werden. Sie ist mit den Hoffnungen unzähliger Menschen in der ganzen Welt verbunden, auch in Deutschland, wie der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kürzlich betont hat. Dies ist ein geeigneter Moment, die transatlantische Partnerschaft zu erneuern. Wie die Bundeswehr künftig hierzu beitragen kann, hat der Bundespräsident in einer bedeutenden Rede zu ihrem 65. Gründungstag umrissen.

Was Streitkräften widerfährt, die sich nicht auf die neuen technologischen Herausforderungen einstellen, mussten die Armenier in den letzten Wochen leidvoll in der Auseinandersetzung mit Aserbaidschan erfahren. Disruptiver Drohneneinsatz (türkischer Provenienz) hat hier in einem Ausmaß hergebrachte Rüstung – und deren Bediener – vernichtet, dass man laut rufen möchte: Hört! Hört! Seht! Seht!

Weitere Kommentare und Analysen dieser Denkwürdigkeiten greifen die transatlantische Thematik auf. Und natürlich ist längst China mit an Bord, wenn wir über die Zukunft von Prosperität und Sicherheit sprechen. Dr. Talal Abu-Ghazaleh hat in einem bemerkenswerten offenen Brief an die USA seinen Hoffnungen Ausdruck verliehen. Gemeinsam mit den USA sollten wir unsere Beziehungen zu China weiterentwickeln. Es lohnt sich für alle Beteiligten.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

2 65. Gründungstag der Bundeswehr

Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier beim Feierlichen Gelöbnis zum 65. Gründungstag der Bundeswehr

5 Ein offener Brief an das großartige Amerika von einem arabischen Freund

Dr. Talal Abu-Ghazaleh

6 Wie weiter, Washington?

atlanticus

7 Germany's defence chief calls China a 'systemic challenge' as Berlin ramps up military presence in Asia

John Power

8 Im Fokus: China & die EU

Interview mit Dr. Peter Roell

10 Neustart der transatlantischen Beziehungen mit Präsident Biden

Dr. Heinrich Kreft

13 Five key military takeaways from Azerbaijani-Armenian war

Dr. Can Kasapoglu

15 Clausewitz als früher Theoretiker hybrider Kriegführung

Dr. Andreas Herberg-Rothe

THEMEN

65. Gründungstag der Bundeswehr

Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier beim Feierlichen Gelöbnis zum 65. Gründungstag der Bundeswehr am 12. November 2020 in Schloss Bellevue

Heute ist ein besonderer Tag. Uniformen und Vorgesetzte, Handbücher und Stuben haben Sie schon. Jetzt aber stehen Sie hier, im Park von Schloss Bellevue, für Ihr Gelöbnis. Heute, am 65. Jahrestag ihrer Gründung, gehen Sie den entscheidenden Schritt hinein in die Bundeswehr.

Sie haben sich für den Wehrdienst entschieden. Soldat zu sein, das ist keine Tätigkeit, kein Beruf wie jeder andere. Sie geloben heute, unserer Demokratie treu zu dienen, unser aller Recht und Freiheit tapfer zu verteidigen.

Dafür spreche ich Ihnen im Namen der Bundesrepublik Deutschland meinen Dank und meine Anerkennung aus.

Soldat zu sein, Soldat zu werden – das verlangt in Deutschland bis heute mehr Begründung, löst mehr Nachfragen aus als in anderen Ländern und anderen Armeen. Vielleicht haben Sie es in Ihrem eigenen Freundes- und Bekanntenkreis erlebt.

Die Gründung der Bundeswehr vor 65 Jahren war Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Sie war die erste schwere politische Belastungsprobe der jungen Republik. Auf der einen Seite die schwere Bürde unserer Geschichte mit der unheilvollen Rolle des deutschen Militarismus, auf der anderen Seite die existenzielle Bedrohung als Frontstaat des Kalten Krieges. Das waren die zwei Pole des verteidigungspolitischen Streits um die sogenannte Wiederbewaffnung. Aber die wohl ebenso große Herausforderung war das wechselseitige Versprechen, dass sich in unserer Demokratie Bundeswehr und Gesellschaft nicht fremd werden dürfen. Nie wieder sollte die Armee Staat

im Staate sein. Der Staatsbürger in Uniform war das neue Leitbild.

Als solche, als Staatsbürger, stehen Sie heute in Ihren neuen Uniformen vor uns. Wenn wir diese Feierstunde zu Ihrer Vereidigung nicht mit vielen Gästen und vor allem nicht mit Ihren Angehörigen feiern können, dann ändert das nichts daran, dass Sie – wenn Sie Soldat werden – unverändert Teil der Gesellschaft bleiben. Und wenn Sie Ihr feierliches Gelöbnis nicht, wie geplant, vor dem Sitz des Deutschen Bundestages ablegen können, dann ändert das nichts daran, dass die Bundeswehr seit ihrer Gründung eine Parlamentsarmee ist.

Sie legen Ihr Gelöbnis in schweren Zeiten ab. Ein winziges Virus hält die große Welt in Atem.

Diese Krankheit ist gefährlich. Sie fordert unsere Solidarität, sie prüft uns als Menschen, weil das Verhalten jedes Einzelnen zählt, im Zweifel Leben rettet. Sie prüft uns als Gesellschaft. Jede und jeder trägt Verantwortung für die anderen. Es tut gut, zu sehen, wie sehr wir uns in diesen Zeiten auf die Bundeswehr verlassen können: In den Gesundheitsämtern, bei der Logistik, in der Nachbarschaftshilfe und bei der Versorgung durch den Sanitätsdienst. Mehr als 6.500 Soldatinnen und Soldaten sind allein diese Woche gegen die Pandemie im Einsatz.

Ich bin mir sicher: Wir werden das Virus besiegen! Entscheidend ist, dass wir Verantwortung nicht nur für uns selbst, für die eigene Familie, sondern auch für andere übernehmen. Die Bundeswehr hat dafür ein Wort: Kameradschaft. Kameraden passen aufeinander auf, geben einander Halt, stehen füreinander ein. In diesen Tagen müssen wir alle gute Kameraden sein.

Unsere Streitkräfte tun hier ihren Teil, leisten einen wertvollen Beitrag. Aber wir alle wissen: Dieser Einsatz in der Pandemie ist nicht ihre wichtigste Aufgabe. Die Bundeswehr steht für unsere Sicherheit, unsere Demokratie und unsere Freiheit ein. Sie ist Ausdruck und wichtiges Instrument unseres

Selbstbehauptungswillens. Die Bundeswehr ist bei aller Veränderung über die Jahrzehnte für unser Land auch in Zukunft unverzichtbar.

Nie zuvor hatte die Bundeswehr so breite Verantwortung zu tragen: Solidarität mit unseren Bündnispartnern in Mittel- und Osteuropa, Auslandseinsätze vom Balkan über Afghanistan und Mali bis in den Irak und den Indischen Ozean, Verteidigung auch im Cyberraum und Unterstützung bei heimischen Notlagen – nun auch in der Pandemie. Kurzum: Wir können uns auf unsere Bundeswehr verlassen! Sie leistet Außerordentliches! Darauf können wir stolz sein!

Hinter diesen Leistungen stehen Menschen. Menschen wie Sie, liebe Rekrutinnen und Rekruten, die Verantwortung übernehmen, die sich zur Verantwortung verpflichtet haben. Menschen, die bereit sind, alles einzusetzen, bis hin zum eigenen Leben. Das macht ihren Beruf so besonders, mitunter besonders schwierig. Das kann ihn aber auch sehr befriedigend machen. Was Ihnen abverlangt wird, gehört nicht zu den gängigen Kategorien sonstiger Berufsbeschreibungen: Einsatzbereitschaft und Hingabe, Mut und Tapferkeit.

Zugleich ist die Bundeswehr keine Armee wie jede andere – und kann es mit Blick auf unsere Geschichte auch nicht sein. Die Werte unserer Verfassung sind ihr unverrückbares Fundament. Nicht nur Befehl und Gehorsam, sondern die Verpflichtung auf das eigene Gewissen, die Grundsätze der Inneren Führung – sie leiten unsere Streitkräfte. Auch auf diese Tradition können wir stolz sein. Ihr Dienst ist wichtig für unser Land, für Freiheit und Demokratie. Doch wissen das auch die Staatsbürger ohne Uniform?

Es scheint paradox: Die Bundeswehr übernimmt heute mehr Verantwortung als je zuvor, ist aber im Bewusstsein, im Alltag der allermeisten Deutschen fast unsichtbar geworden.

In der alten Bundesrepublik, in der Gründungsphase und den Jahrzehnten danach, führte kein Weg

an der Bundeswehr vorbei. Es gab viel mehr Standorte als heute. Hunderttausende junge Männer leisteten verpflichtenden Wehrdienst, fast jede Familie hatte mit der Armee zu tun. Erbitterte friedens- und sicherheitspolitische Debatten prägten nicht nur die deutsche Innenpolitik, sondern auch das Bild der Soldaten in der Öffentlichkeit. Manche in Uniform wurden dafür auch persönlich angefeindet.

Aber mit dem Glück der Deutschen Einheit hat sich vieles verändert. Mit dem Schwinden der existenziellen Bedrohung aus dem täglichen Bewusstsein ist auch viel Interesse an der Bundeswehr geschwunden. Seit der Aussetzung der Wehrpflicht gibt es in unserer Gesellschaft weniger Wissen über die Bundeswehr von heute. Die Truppe ist heute deutlich kleiner, vielfältiger, bunter als damals. Die veränderten Aufgaben und die Demographie haben ihren Teil dazu beigetragen. Selbstverständlich dienen Frauen in der Bundeswehr. Diversität ist keine Frage des Prinzips mehr. Und der Anteil derer, deren Eltern und Großeltern aus anderen Ländern zu uns gekommen sind, steigt. Endlich gibt es heute wieder eine jüdische Militärseelsorge – und ich will hinzufügen: Religiöse Betreuung dürfen wir auch unseren muslimischen Soldatinnen und Soldaten nicht vorenthalten.

Zugleich ist die Truppe professioneller geworden. Unsere Freiwilligenarmee ist nicht nur in der Landes- und Bündnisverteidigung im Einsatz, sondern steht auch in gefährlichen Auslandseinsätzen für unsere Freiheit und Sicherheit ein. Doch wie viel von dieser Realität nehmen die Deutschen eigentlich wahr? Wer erfährt davon, wer interessiert sich dafür? Es droht ein freundliches Desinteresse, eine Gleichgültigkeit, die dem Vertrauen zwischen Bundeswehr und Gesellschaft nicht dient.

Und das ist nicht die einzige Herausforderung: Krieg, Gefecht, Tapferkeit, Verwundung, Trauma, Tod, bewaffnete, gar kämpfende Deutsche in anderen Ländern – das verdrängen wir gern, darüber sprechen wir nur ungern oder vor

allem kritisch. Das macht es den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht leicht. Ich weiß, wie schwer es für viele Soldaten ist, über prägende Erlebnisse aus dem Einsatz zu sprechen, der auch zur Wirklichkeit der Bundeswehr heute gehört. „Das will keiner hören“, sagen sie. Oder: „Das können sowieso nur die verstehen, die so was selbst erlebt haben“. Das ist eine Herausforderung für viele Soldatenfamilien. Das ist eine Herausforderung für die Bundeswehrführung. In dieser Sprachlosigkeit liegt aber auch die Gefahr einer gegenseitigen Verständnislosigkeit von Soldat und Gesellschaft, die wir nicht einfach hinnehmen können.

Denn für uns muss weiter gelten, was vor 65 Jahren Maxime der neugegründeten Bundeswehr war: Armee und Gesellschaft dürfen sich in einer Demokratie niemals fremd werden!

In diesem Anspruch steckt eine Verpflichtung für beide Seiten.

„Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen!“ Das hat der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal versprochen. Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen – das bekräftige ich heute als Bundespräsident. Die Bundeswehr ist Parlamentsarmee, die demokratischen Institutionen des Staates und die Streitkräfte vertrauen einander.

Allein das: Was für ein Glücksfall! Was für eine Errungenschaft! Selbst in der Weimarer Republik war die Reichswehr mehr Staat im Staate als Teil der Demokratie.

Den Nationalsozialisten diente sich ein großer Teil der militärischen Elite an. Die Wehrmacht verübte unfassbare Verbrechen im Vernichtungskrieg und hinter der Front. Geschützt durch deutsche Soldaten, oft mit ihrer direkten Beteiligung, wurde der systematische Völkermord an den europäischen Juden geplant und ausgeführt.

Die Bundeswehr steht nicht in dieser Tradition. Das freiheitlich-demokratische Fundament der Bundeswehr ist stattdessen geprägt durch die Ideen der Inneren

Führung und das Ideal des „Staatsbürgers in Uniform“. Diese Republik kann der Bundeswehr vertrauen!

Begründen Sie dieses Vertrauen jeden Tag aufs Neue, wenn Sie Ihren Dienst tun. Seien Sie mutig auch gegen Feinde und Verächter der Demokratie, gegen Rechtsextreme in den eigenen Reihen. Wer die Demokratie hasst, der kann ihr nicht dienen.

In unserem Land gibt es Soldatenehre nur als freiheitliche, als demokratische Ehre.

Aber, Soldatinnen und Soldaten, auch Sie können und sollen dieser Republik vertrauen!

Wenn Krisen weit weg sind, wenn das eigene Land von Freunden umgeben ist, dann fühlen wir uns sicher. Das ist unser großes Glück, das unverhoffte Glück der Deutschen. Doch ist dieses Glück weder selbstverständlich, noch dürfen uns seine Voraussetzungen gleichgültig sein.

Vor wenigen Tagen habe ich mit Soldatinnen und Soldaten gesprochen, die in Gefechten waren und verwundet wurden – am Körper, an der Seele. Die Orte ihrer Erfahrungen mögen weit weg sein. Doch diese Menschen sind uns nah. Sie leben in unserem Land als unsere Nachbarn und Freunde, als unsere Kolleginnen und Angehörigen, in der Kaserne als Stubennachbarn. Ihre Erfahrungen gehören zu unseren Erfahrungen, auch wenn es unbequem ist. Ihre Kämpfe sind auch unsere Kämpfe, auch wenn, ja gerade weil bei uns zuhause Frieden herrscht. Das ist unserer Gesellschaft nicht nur zumutbar, das muss unserer Gesellschaft wichtig sein. Diese Anteilnahme, dieses Interesse ist es, was die Gesellschaft Ihnen schuldet.

Manche können uns nicht mehr von ihren Kämpfen berichten. Matthias Standfuß. Michael Diebel. Michael Neumann. Keinen dieser drei Männer kannte ich. Aber ich stand vor ihren Särgen. Aufgebahrt lagen sie in Kundus, zwei Mann standen Ehrenwache.

Ich werde diesen Frühsommertag niemals vergessen. Es war damals mein zweiter Besuch in Afghanistan als Außenminister. Als solcher auch beteiligt an Regierungsentscheidungen, trage ich persönlich Mitverantwortung für den Einsatz dieser Menschen. Bis heute denke ich daran. Hauptmann Standfuß, Oberfeldwebel Diebel, Oberfeldwebel Neumann fielen im Mai 2007, vor mehr als 13 Jahren. Weit weg, aber sie fielen für uns. Sie waren Väter, Söhne, Brüder, Partner, Freunde, Menschen, Kameraden. Sie sind nicht zurückgekommen. Manch andere auch nicht. Es ist an uns allen, ihrer dafür in Respekt und Dankbarkeit zu gedenken.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Mitglieder der Bundesregierung haben diese Männer in den Einsatz geschickt. Wer politische Verantwortung übernimmt oder sich darum bewirbt, weiß, dass dazu auch in Zukunft die Verantwortung gehören kann, Soldatinnen und Soldaten in den Einsatz zu schicken. Es muss und soll eine der schwersten Entscheidungen für Verantwortungsträger in der Politik sein.

Die Soldatinnen und Soldaten haben einen Anspruch darauf, dass diese schwerwiegende Entscheidung in jedem Fall sorgfältig abgewogen wird.

Sie haben einen Anspruch darauf, mit der bestmöglichen Ausrüstung ausgestattet zu werden, die ihnen dieser Staat zur Verfügung stellen kann. Einer Ausrüstung, die ihnen den bestmöglichen eigenen Schutz sichert und sie zugleich zur Erfüllung des von der Politik definierten Auftrags befähigt.

Wer dem Staat und der Gesellschaft seine Bereitschaft beweist, das eigene Leben für unsere Sicherheit, Demokratie und Freiheit einzusetzen, der hat aber auch einen Anspruch auf eine überzeugende Antwort auf die Frage: Wofür wird die Bundeswehr gebraucht? Wofür diene ich?

Die Antwort auf diese Frage ist die Bringschuld von Parlament und Politik gegenüber den Soldaten. Es ist ihr Beitrag dazu, dass wir

uns nicht fremd werden. Ich selbst habe über viele Jahre hinweg Einsatzmandate formuliert und im Bundestag eingebracht, deshalb weiß ich: Mit einem Bundestagsbeschluss nach kurzer Debatte allein ist es nicht getan.

Doch im Kern ist die Antwort klar: Wir brauchen die Bundeswehr, weil Deutschland Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen muss. Weil wir für unsere Nachbarn und Verbündeten Verantwortung übernommen haben – so wie sie für unsere Sicherheit Verantwortung übernehmen. Weil sich die Welt um uns herum verändert – und zwar nicht immer so, wie wir uns das wünschen. Weil unser Werben für eine Logik der Zusammenarbeit in der Welt und für eine starke, gerechte internationale Ordnung nicht aus einer Position der Schwäche gelingt.

Kurz: weil wir dem Auftrag des Grundgesetzes, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, mit Blick auf die Herausforderungen unserer Zeit ohne eine starke Bundeswehr nicht gerecht werden können.

Wir haben in diesen Tagen die berechtigte Hoffnung, das transatlantische Bündnis erneuern zu können, das seit siebzig Jahren unsere Sicherheit garantiert. Aber Europa wird für die USA auch unter einem Präsidenten Biden nicht mehr so zentral sein wie früher. Sicherheitspolitisch steht unser Land deshalb in einer doppelten Verantwortung. Für Deutschland ist die Entwicklung einer verteidigungspolitisch handlungsfähigen EU ebenso dringlich wie der Ausbau des europäischen Pfeilers der NATO. Wir Deutsche müssen verstehen, dass ein starkes Europa unsere Investition in dieses transatlantische Verhältnis ist. Erst dann hat unsere Partnerschaft mit den USA wieder eine strategische Klammer, die auch Differenzen aushalten wird. Deshalb ist es so wichtig, dass wir Deutsche alles tun, um Europa stark zu machen. Wenn wir in Europa investieren, werden es andere Europäer auch tun. Das wird uns mehr kosten, aber es sollte uns mehr wert sein als nur Geld. Gerade in der Si-

cherheits- und Verteidigungspolitik. Aber trotz bemerkenswerter Fortschritte kann die Europäische Union die Sicherheit aller ihrer Mitglieder noch auf lange Sicht nicht allein garantieren. Auf die EU allein zu setzen hieße Europa in die Spaltung zu treiben. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Ein Europa, das sich selbst glaubwürdig schützen will und kann, hat die besten Chancen, die Vereinigten Staaten in der Allianz halten zu können.

EU und NATO: Die Bundeswehr kann beides – und sie tut beides. Sie ist seit ihrer Gründung eine Armee im Bündnis. Sie werden es in der Truppe merken: Die Bundeswehr lebt im Bündnis. In allen ihren Einsätzen steht sie Seite an Seite mit Partnern. Sie hat sich über Jahrzehnte das Vertrauen unserer Nachbarn und Verbündeten erworben. Vor wenigen Wochen war ich beim Deutsch-Niederländischen Korps: Zwei ganze niederländische Brigaden sind inzwischen Teile deutscher Heeresdivisionen. Das deutsche Seebataillon soll in die niederländische Marine integriert werden, die Luftabwehr beider Länder wird unter niederländischem Kommando teilweise zusammengeführt. Wir können in Europa durchaus mit Selbstbewusstsein sagen: Keiner macht so viel mit anderen wie wir.

In dieser Zusammenarbeit und Integration liegt die Zukunft der Bundeswehr. Und in der Integration Deutschlands in Europa und im Bündnis liegt die gute Zukunft unseres Landes.

Ein demokratisches Deutschland in einem vereinten Europa, gemeinsam dem Frieden in der Welt dienend – dafür steht die deutsche Politik, dafür steht die deutsche Gesellschaft, dafür steht diese Bundeswehr!

Dafür dienen Sie, unsere Staatsbürger in Uniform. Dafür übernehmen Sie persönlich Verantwortung und bekräftigen es heute mit Ihrem Gelöbnis. Als gute Kameraden und verlässliche Bündnispartner, als respektierter, geachteter Teil unserer Gesellschaft, als Verteidiger von Freiheit und Demokratie.

Ich wünsche Ihnen für Ihren Dienst in der Bundeswehr allzeit Soldatenglück. Vielen Dank.

Frank-Walter Steinmeier

<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/11/201112-Geloebnis-Bundeswehr.html>

THEMEN

Ein offener Brief an das großartige Amerika von einem arabischen Freund

Am Tag der Toleranz der Vereinten Nationen.

„Es geht nicht darum: ‚Kann sich einer von uns etwas Besseres vorstellen‘, sondern vielmehr: ‚Können wir es gemeinsam besser machen?‘ Die Dogmen einer bequemen Vergangenheit passen nicht mehr für die stürmische Gegenwart [...] Wir müssen uns von alten Dogmen befreien, und erst dann können wir unser Land retten [...] Liebe Mitbürger, wir können der Geschichte nicht entkommen [...] Wir werden die letzte beste Hoffnung dieser Welt entweder edelmütig retten oder diese leichtfertig verspielen.“

Präsident Abraham Lincoln in einer Botschaft an den Kongress, einen Monat vor seinem Dekret zur Abschaffung der Sklaverei in den USA (Emancipation-Proclamation).

Erneut ist für Amerika die Zeit gekommen, sich inmitten einer „stürmischen Gegenwart“ von bequemen Wahrheiten zu befreien und auf die wichtigen Prinzipien amerikanischer Größe zu besinnen, deren größte die Toleranz ist. Der Bedarf hierzu ist nicht nur dringend, sondern geradezu existenziell. Die Coronavirus-Pandemie hat die Welt durchgerrüttelt. Die wichtigste Frage, vor der Amerika heute steht, lautet, ob in einer Weltordnung nach dieser Pandemie die Gesellschaften und Nationen weiterhin über genug Selbstvertrauen verfügen, sich selbst zu regieren; denn mit den Worten von Dr. Henry Kissinger: „Versagen könnte die Welt in Brand setzen“. Das Feuer ist be-

reits buchstäblich ausgebrochen; nicht nur in Amerikas Wäldern, sondern darüber hinaus auch in seinen Städten.

Die Förderung von Resilienz, die Entwicklung von Toleranz, der Fokus auf leistungsfähige Versorgungsketten und wachsende Gerechtigkeit in der Welt war noch nie so wichtig wie heute. Vierzig Prozent der Weltbevölkerung sind jünger als fünfundzwanzig Jahre alt. Die Jugend ist nicht die Zukunft, sondern die Gegenwart. Es ist deren Zukunft, die auf dem Spiel steht. Wir müssen sie in die Lage versetzen, die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern. Die Coronavirus-Pandemie ist nur die erste Herausforderung auf diesem Weg. Ich glaube an Amerika; ein Amerika, das meine Träume als junger Mann wahr werden ließ.

Im Alter von 10 Jahren wurde ich infolge des Krieges von 1948 zum Flüchtling und kam in das libanesisches Dorf Ghaziyyeh. Die Vereinten Nationen stellten mir, auf der Grundlage essentieller Finanzierung seitens der USA, ein Leistungsstipendium zur Verfügung, das mir eine amerikanische Ausbildung in Beirut ermöglichte. Es ist genau diese amerikanische Ausbildung, die mich dorthin gebracht hat, wo ich heute bin: an die Spitze einer globalen Organisation mit über 100 Büros weltweit, mit Hauptsitz im Nahen Osten. Der amerikanische Traum ist nicht auf die USA beschränkt. Als Palästinenser kenne ich den Einfluss und die Werte der Vereinigten Staaten aus erster Hand; denn Ihre große Nation eröffnet für zielstrebige Menschen wie mich großartige Möglichkeiten.

Die Vereinigten Staaten waren offen, großzügig und freundlich zu mir. Ich verdanke Ihnen viel von meinem persönlichen Erfolg. Auf der Grundlage dieses intimen und persönlichen Verständnisses für die Wirkkraft amerikanischer Toleranz bitte ich die amerikanische Führung und das amerikanische Volk, Ihre Unterstützung für die Vereinten Nationen zu erneuern. Amerikas Glaube an und sein zutiefst prinzipientreues Streben nach Gerechtigkeit für die gesam-

te Menschheit und auf der ganzen Welt haben die amerikanische Demokratie zur Blaupause für den Rest der Welt werden lassen durch den praktischen Nachweis, dass Toleranz, Gerechtigkeit und Demokratie als Grundlage für Wohlstand unerlässlich sind. Deshalb kann und muss Amerika seine Herausforderungen mit eigenem Rassismus und seine Unzufriedenheit mit der Welt überwinden, um uns alle nach der Pandemie in eine bessere Zukunft zu führen. Wohlstand ist kein Nullsummenspiel.

Ich lade Amerika ein, sich erneut der Förderung von Demokratie zu widmen und sich wieder der Welt anzuschließen, damit die nächste und auch kommende Generationen von Weltbürgern gut darauf vorbereitet sind, zusammenzuleben, zusammenzuwachsen und gemeinsam erfolgreich zu sein. Zu diesem Zweck lade ich am 16. November dieses Jahres, dem „Internationalen Tag für Toleranz“ der Vereinten Nationen, zu einem virtuellen Globalen Partnerschafts-Gipfeltreffen ein. Dieser Tag ist zugleich der 10. Jahrestag der von mir gegründeten Stiftung Forum Globale Herausforderungen. Mehr denn je ist in dieser hypervernetzten Welt das Lokale global und das Globale lokal. Herausforderungen in einer Region haben Auswirkungen auf die ganze Welt. Alle Herausforderungen, so entfernt sie auch erscheinen mögen, sind globaler Natur. Und wir müssen sie zusammen miteinander als globale Herausforderungen angehen. Und dazu gehört auch China.

Es ist schon einmal geschehen. Zum Wohle der Menschheit verdient es eine Wiederholung. Der heute kaum noch bekannte amerikanische Staatsmann Anson Burlingame kann uns den Weg weisen. Am 14. Juni 1861 ernannte ihn Präsident Abraham Lincoln zum Minister des Qing-Imperiums. Gleich nach seiner Ankunft besuchte Burlingame Städte und ländliche Regionen in ganz China. Er setzte sich für die einfachen Chinesen ein, deren Stimmen sonst selten gehört wurden, und entwickelte enge Beziehungen zu chinesischen Reformern. Bur-

lingame förderte eine Politik der engen Zusammenarbeit zwischen den westlichen Mächten und China, die darauf abzielte, Streitigkeiten durch Diplomatie statt durch Gewalt zu lösen. Seine Bemühungen mündeten im Burlingame-Vertrag von 1868.

Es war keine leichte Aufgabe, den US-Senat davon zu überzeugen, die bis dahin vorherrschende Politik ungleicher Verträge in eine Außenpolitik zu überführen, die auf einem Verständnis der prinzipiellen Gleichheit von Staaten beruht. Burlingame gelang es, den US-Senat dazu zu bewegen, den so genannten Burlingame-Vertrag zu ratifizieren, den Präsident Andrew Johnson schließlich im Jahr 1868 unterzeichnete. Dieser Vertrag basierte auf der Gleichheit der Nationen und sah eine Reziprozität in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den USA und China vor.

Das Vermächtnis Burlingames verdient eine Würdigung als eines der wichtigsten Versöhnungsziele auch für die heutige Zeit. Seine Lebensgeschichte spiegelt das grundlegende Versprechen amerikanischer Ideale wider, deren grundlegende Prinzipien auch heute studiert und angewandt werden sollten. Eine solche Würdigung des Burlingames-Ansatzes wäre ein vielversprechender Ansatz, offene Wunden der Erinnerung und der Geschichte zu heilen.

Heute ist die ganze Welt Zeuge der schockierenden Tatsache, dass sich die amerikanische Nation auf Schuldzuweisungen an die Weltgesundheitsorganisation und die chinesische Verantwortung für die Coronavirus-Pandemie konzentriert, während die eigenen Städte brennen. Demgegenüber sollten die Vereinigten Staaten gemeinsam mit China als verantwortungsbewusste Akteure mit allen Nationen zusammenarbeiten, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, getragen von der gegenseitigen Verpflichtung und dem gemeinsamen Einsatz für eine bessere Welt zum Wohl kommender Generationen.

Ich rufe Amerika und die Welt dazu auf, gemeinsam mit China die

Burlingame-Prinzipien für das 21. Jahrhundert weiterzuentwickeln. Das Ziel sollte dabei nicht nur darin bestehen, in einer post-Coronavirus Zeit den Frieden zu bewahren, sondern darüber hinaus die vor uns liegenden globalen Herausforderungen gemeinsam in einer Globalen Partnerschaft zu adressieren. Welcher Tag wäre für den Beginn einer solchen Initiative besser geeignet als der 16. November, der VN-Tag für Toleranz? Wie Burlingame dies vor 152 Jahren so zutreffend formulierte: *„Die Vorstellungskraft weist den Weg in die Zukunft, die so sein kann und sein wird, wenn man nur fair zu China ist. [...] Die Menschheit ist heute derart verflochten, dass, was immer New York denkt und fühlt, ebenso in allen anderen kommerziellen Zentren der christlichen Welt so eingeschätzt wird“*.

In der heutigen Zeit sind wir gut beraten, uns daran zu erinnern, dass Ihre Vereinigten Staaten von Amerika einst gegen Rassismus kämpften, sich für Toleranz, Würde und Menschenrechte eingesetzt und das Prinzip der Gleichheit und des gegenseitigen Respekts zwischen den Nationen weltweit etabliert haben. Dieser Standard begründete das weltweite Ansehen der Vereinigten Staaten von Amerika. Lasst diesen Standard am 16. November erneut regieren. Lasst ihn die Trommeln des Krieges zum Schweigen bringen.

Dr. Talal Abu-Ghazaleh

Dr. Talal Abu-Ghazaleh ist Gründer der Talal Abu-Ghazaleh Organisation (tag.global) und der Stiftung Forum Globale Herausforderungen.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Wie weiter, Washington?

Perspektiven nach den US-Wahlen

Die Wahl am 3. November 2020 offenbarte die harte Wirklichkeit amerikanischer Politik. Das Land ist tief gespalten, von Freund-

Feind-Denken geprägt. Der demokratische Wahlprozess wirkt nicht mehr als Integrationsfaktor. Der amtierende Präsident selbst stellte ihn in der Wahlnacht in Frage. Aber trotz der Dramatik der Ereignisse handelte es sich nicht um eine plötzliche Zäsur. Die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft, das Schwinden ihres inneren Zusammenhalts und der Verlust ihres internationalen Vorbildcharakters zeichnen sich schon lange ab.

Macht ohne Idee

Die Wahlalternative zwischen einem Demagogen und einem betagten Routinier entspricht der Auszehrung der Parteien. Keine vermochte, einen Kandidaten zu nominieren, der jenseits von Gruppeninteressen mehrheitsfähige Lösungen für die Probleme des Landes überzeugend vertritt. Wesentliche Fragen politischer Ökonomie wie die extreme Disparität der Vermögen oder die Verarmung und ökologische Verwahrlosung ganzer Landstriche wurden im Wahlkampf lediglich schlagwortartig angesprochen.

Auch außenpolitische Themen spielten mit Ausnahme der Fixierung auf China kaum eine Rolle. Eine Leitidee, die den internationalen Glaubwürdigkeits- und Autoritätsverfall des Landes überwinden kann, war nicht zu erkennen. Zwar sprachen sowohl der demokratische Kandidat als auch der republikanische Außenminister von einer künftigen *Alliance of Democracies* mit der NATO als Kern. Aber jenseits des überkommenen Gedankens, ein Verteidigungsbündnis als ideologisch-politisches Lager zu definieren, fehlt der weltpolitische Entwurf, den Amerika zukunftsweisend gestalten will. Die angekündigte Rückkehr in das Pariser Klimaschutzabkommen führt immerhin zum *status quo ante* zurück.

Die von Bush dem Älteren 1990 verkündete Weltordnung ist nur noch Erinnerung. Aber das Ende der *pax Americana* bedeutet nicht das Ende der Geschichte. Der neue US-Präsident übernimmt am 20. Januar 2021 sein Amt vor dem Kapitol, das ebenso wie das benachbarte Gebäude des Obersten

Gerichts römischen Sakralbauten nachempfunden ist. Wird die amerikanische Gesellschaft in diesen weltlichen Tempeln Inspiration und Ruhe finden?

Welt ohne Ordnung

Jedenfalls sind die Arsenale der Republik gut gefüllt, und das in einem Maß, das zumindest in den nächsten zehn Jahren kein anderer Staat zu erreichen vermag. Zwar sind die USA nicht mehr in der Lage, große Räume zu gewinnen und auf Dauer zu halten, sie verfügen aber über die Möglichkeit, Opponenten mit dem militärischen Instrumentarium, mit Wirtschafts- und Finanzsanktionen weltweit zu schädigen und zu ermatten.

Grenzen und Fähigkeiten ihres globalen Handelns sind der außenpolitischen Elite der USA sehr bewusst. Ihre Positionen haben sich während des Wahljahres angenähert. Trumps *America First* und Bidens *Buy American* proklamierten nicht nur einen protektionistischen Kurs, sondern die konsequente Ausrichtung an amerikanischen Interessen. Sicherlich gibt es taktische Nuancen, aber hinsichtlich der strategischen Prioritäten besteht Übereinstimmung: Es geht um den Erhalt und die Stärkung verbliebener Macht.

Hauptgegner Washingtons ist China. Das Reich der Mitte, bereits heute der stärkste Staat der eurasisch-afrikanischen Landmasse, will im 21. Jahrhundert ins Zentrum der Weltpolitik zurückkehren. Der im Oktober 2020 verabschiedete 14. Fünfjahresplan lässt daran keinen Zweifel. Es geht Peking um die internationale Technologieführerschaft und eine Schlüsselrolle auf den internationalen Finanzmärkten. Dagegen wird die amerikanische Führung entschlossen vorgehen. Ein weiterer Machtverlust im Cyber-Raum soll verhindert, China durch militärische Absprachen mit Japan, Australien, Indien und anderen Partnern eingekreist werden.

Die dafür notwendigen Ressourcen werden aus dem Nahen und Mittleren Osten in den indopazifischen Raum verlegt. Als Folge des amerikanischen

Teilrückzugs wird die bilaterale Sonderbeziehung zu Israel, der stärksten Regionalmacht, noch größere Bedeutung gewinnen. Die unter Trump betriebene Annäherung zwischen Riad und Jerusalem und die Vereinbarungen Israels mit den Herrscherfamilien Bahreins und Abu Dhabis zeigen die Umriss einer israelisch geführten Koalition gegen Iran sowie gegen die osmanischen Ambitionen der Türkei. Abzuwarten bleibt, ob und unter welchen Bedingungen die USA unter einem Präsident Biden in das Nuklearabkommen mit Teheran zurückkehren werden und welche Folgen dies für das regionale Kräfteverhältnis haben wird.

Konsequenzen für Europa

Vor diesem Hintergrund wird Europa das Risikopotential destabilisierter und überbevölkerter Gebiete mit gewaltbereiten Fanatikern im Fruchtbaren Halbmond, in Nordafrika und der Sahel-Zone noch stärker treffen. Das gilt auch für die Folgen forcierter US-Sanktionen gegen Moskau. Sie sind angesichts der Politik Putins in naher Zukunft zu erwarten. Hier zeichnen sich politische Perspektiven ab, die nicht mehr auf Regeln beruhen. Wird die amerikanische Führung angesichts innenpolitischer Spaltung und globaler Umverteilungskämpfe das rechte Maß verantwortungsbewussten Handelns finden?

Die Folgen des amerikanischen Hegemonieverfalls spürt die Europäische Union schon heute. Als fragiler Verbund kleiner und mittelgroßer Staaten muss sie auf Instabilität und Unruhe in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft reagieren. Weitere Konflikte welt- und regionalpolitischer Akteure sowie systemische Erschütterungen sind denkbar und möglich. Unabweisbar erscheint die rasche und entschlossene Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit. Die Hoffnung auf eine Wende zum Guten und das ernsthafte Bemühen, auch künftig mit der auf sich selbst bezogenen transatlantischen Macht zu kooperieren, können sie nicht mehr ersetzen.

atlanticus

THEMEN

Germany's defence chief calls China a 'systemic challenge' as Berlin ramps up military presence in Asia

Germany's defence chief has labelled China a "systemic challenge" in a call for greater military cooperation with "like-minded" countries, including Australia, invoking Russia's 2014 annexation of Crimea to warn of the risk of territorial conflicts in the Indo-Pacific.

In candid remarks made against the backdrop of uncertainty about the outcome of the United States presidential election, German defence minister Annegret Kramp-Karrenbauer on Thursday said Berlin would boost defence cooperation with Australia and other nations in the region to uphold peace, stability and the "rules-based international order".

Speaking in a webinar that also featured Australian defence minister Linda Reynolds, Kramp-Karrenbauer said Germany and Australia were united by shared values such as the rule of law, human rights and freedom of navigation, whereas some other countries were "not prepared to accept these principles".

"A rules-based international order for us is absolutely necessary," Kramp-Karrenbauer said through an interpreter during the event, which was organised by the Australian Strategic Policy Institute, a Canberra-based think tank. "We need that because that is also the basis of economic success."

The remarks by Germany's top defence official came after Berlin this week announced it would send a frigate to patrol the Indian Ocean from next year, and deploy German Army officers with the Australian navy as part of an unprecedented ramping-up of its presence in Asia.

“I’m convinced that if like-minded nations, such as our nations, work together and join forces – and we must do that to defend our values and interests in the world – we can achieve a lot,” Kramp-Karrenbauer said.

In a thinly veiled warning about Beijing’s growing assertiveness in the South China Sea and elsewhere, Kramp-Karrenbauer said Germany’s perspective had been shaped by Russia’s ongoing occupation of Crimea, which prompted international condemnation and sanctions.

“We continue to support sanctions against Russia,” she said. *“This example shows that we condemn such developments not only in Europe, but that is a fundamental principle and that applies everywhere in the world. Similar conflicts in the Indo-Pacific should be seen from the same perspective and with the same idea of values and principles.”*

While describing China as an important trading partner and crucial to tackling global challenges such as climate change, Kramp-Karrenbauer said the rising superpower was also a “systemic challenge” that should be discussed openly.

“What we consider the basic rules of an open society, of Western democracy, the protection of minorities, for example, the respect for human rights – those values are seen differently in China, and interpreted in a different way there,” she said.

“And that is why we need to speak openly about this. China, I believe, has a very ambitious goal, has developed an ambitious concept. There’s no problem with that, it’s the right of every country to do that. But I agree with Linda [Reynolds] that those ambitions must not be at the expense of others. And that’s why it’s so important to have a rules-based order.”

Kramp-Karrenbauer said Germany would need to “reduce the burden” of global security on the US regardless of whether President Donald Trump or challenger Joe

Biden won the election. The defence minister had on Wednesday expressed concern about Trump falsely claiming victory, describing the drawn-out result as a “very explosive situation”.

“We as the German government and we as Europeans will continue to have to do more for our defence, more than we have done so far,” she said.

Australia’s Reynolds said the region faced a post-pandemic world that would be “poorer, more dangerous and more disorderly” and geographical distance between countries in today’s world was simply a “historic mindset”.

“What does matter are these: our shared democratic values and our shared trust and our shared commitment to the rule of law and, most particularly, our shared respect for the sovereignty of all nations, be they large or small,” she said. *“And together we must continue to promote peace and prosperity for all.”*

Beijing’s relations with both Canberra and Berlin have markedly deteriorated amid concerns in both countries over its growing influence and assertiveness, while Trump’s antagonistic attitude toward traditional alliances has raised questions about Washington’s long-term presence in the region.

Ralph Thiele, a retired colonel in the German armed forces who is president of the Berlin-based Political-Military Society, said Germany’s push for a greater role in Asia reflected its new-found awareness of China’s growing power and geopolitical importance.

“So far, Germany has kept out of this region militarily – also with training and advisory missions, even with friendly visits,” Thiele said. *“Now, with the deployment of a frigate to the Indo-Pacific region, there is a new development that should not be overestimated, but which nevertheless heralds a turnaround.”*

But Thiele said the practical impact of Berlin’s moves could be

limited, as its military’s operational readiness remained “pretty shaky”.

“There is no serious plan to change that significantly within the next decade,” he said. *“So we may see a German ship once in a while in the Indo-Pacific which will not threaten the Chinese too much. Remarkable is the attitude change of Germany. This may be the beginning of a more active German – and consequently European Union – security-related engagement in the region.”*

John Power

John Power joined the South China Morning Post in 2018 after nearly a decade as a journalist in the Asia region. He is a reporter for Asia Desk and This Week in Asia, with a special focus on Korean affairs.

This article was first published at the South China Morning Post, 05.11.2020

<https://www.scmp.com/week-asia/politics/article/3108666/germanys-defence-chief-calls-china-systemic-challenge-berlin>

Opinions expressed in this contribution are those of the authors.

THEMEN

Im Fokus: China & die EU

Interview Ralph D. Thiele mit Dr. Peter Roell

Thiele: Vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 hat Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Wie dem Präsidentschaftsprogramm zu entnehmen ist, wird man sich auch den EU-China Beziehungen näher widmen. Wie bewertet die Bundeskanzlerin diese?

Roell: Frau Dr. Merkel sagt man nach, dass sie vom Ende her denkt. In ihre Lagebeurteilung fließen die strategischen Interessen der EU, Chinas Geschichte, Pekings Interessen und Ambitionen sowie China als bedeutsame Wirtschaftsmacht mit ein.

Thiele: Die Kanzlerin hat sich ja bislang eher um eine ausgewogene Politik gegenüber der VR China bemüht. Sieht sie aufgrund der Entwicklungen in Xinjiang,

Tibet, Hongkong, den Spannungen im Südchinesischen Meer und in der Taiwanstraße möglicherweise China etwas kritischer?

Roell: Die Kanzlerin hat sich nie gescheut, die Dinge beim Namen zu nennen. Gravierende Differenzen bestehen allerdings zwischen der EU und China in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Thiele: Und wie beurteilt der Hohe Repräsentant der Europäische Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, die bilateralen Beziehungen?

Roell: Natürlich verkennt er nicht die bedeutsame Rolle der VR China als *Key Player* in der Weltpolitik und plädiert deshalb für eine gute Kooperation. Andererseits weist er darauf hin, dass die EU gegenüber Peking eine robustere Chinastrategie verfolgen sollte.

Thiele: Anlässlich einer Video EU-China Gipfelkonferenz am 22. Juni 2020, an der auf chinesischer Seite auch Staatspräsident Xi Jinping sowie Ministerpräsident Li Keqiang teilnahmen, soll sich Frau von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, kritisch zu den bilateralen Beziehungen geäußert haben. Ist dies ein neuer, robusterer Ton gegenüber der VR China?

Roell: In der Tat hat sie sich kritisch zu chinesischen Cyberangriffen auf Krankenhäuser und Computerzentren sowie über chinesische Desinformationskampagnen in Europa geäußert. Dies könne man nicht tolerieren.

Thiele: Die deutsche Wirtschaft hat sich bislang ja weitgehend an den gut laufenden Geschäftsbeziehungen mit der VR China orientiert. Sind hier Veränderungen erkennbar?

Roell: Bereits im Januar 2019 äußerte sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem Strategiepapier kritisch über Pekings Wirtschaftspraktiken, bezeichnete die VR China als systemischen Rivalen und forderte deutsche Politiker auf,

entschlossener gegenüber China aufzutreten.

Thiele: Wenn man China als systemischen Rivalen bezeichnet, reagieren die Chinesen verärgert. Ist die Bezeichnung systemischer Rivale falsch?

Roell: Chinesen sind für die Europäische Union Verhandlungspartner, Wettbewerber und natürlich auch strategischer Rivale zugleich, denn Ziel der Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ist es, im Rahmen ihrer Globalstrategie die Welt nach ihren Vorstellungen neu zu ordnen. Demokratie und westliche Wertvorstellungen fürchtet die chinesische Führung wie der Teufel das Weihwasser, denn erstes Gebot ist und bleibt der Machterhalt der KPCh.

Thiele: Welche Zwischenziele verfolgt die KPCh auf ihrem Weg zur Weltmacht und welche Mittel der Beeinflussung setzt sie für diese Ziele ein?

Roell: Bis zum Jahre 2021 möchte China führende Regionalmacht, bis 2049 die globale Führungsmacht werden. Die Europäische Union und Deutschland sehen sich seitens der VR China mit folgenden Einflussnahmen konfrontiert: Beeinflussung politischer und wirtschaftlicher Eliten sowie Lobbygruppen, Nutzung der Seidenstraßen-Initiative als wichtigstes Mittel zur geopolitischen Neuordnung, Versuch der Beeinträchtigung westlicher Medien, Schaffung finanzieller und wirtschaftlicher Abhängigkeiten, Schwächung westlicher demokratischer Systeme, Einflussnahmen im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich, Einsatz von Spionage und Desinformation.

Thiele: Wie beurteilt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die nachrichtendienstliche Bedrohungslage Deutschlands seitens der VR China?

Roell: Im Juli 2020 veröffentlichte das BfV den Verfassungsschutzbericht 2019. In diesem geht die deutsche Cyberabwehr davon aus, dass weiterhin von einem hohen Bedrohungspotenzial

staatlich gelenkter Cyberangriffe mit mutmaßlich chinesischem Ursprung sowohl für Unternehmen und Forschungseinrichtungen als auch für Politik und Verwaltung sowie für andere Einrichtungen in unserem Land auszugehen ist. Nur am Rande bemerkt: Der Europäische Auswärtige Dienst berichtete im vergangenen Jahr, dass er in Brüssel von etwa 250 chinesischen Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit (MSS) sowie 200 russischen Agenten ausgeht.

Thiele: Im Rahmen einer „Charme Offensive“ besuchte der chinesische Außenminister Wang Yi die Länder Italien, Frankreich, die Niederlande und Deutschland. Wie bewerten Sie diese Reise, insbesondere die Gespräche mit dem deutschen Außenminister Heiko Maas?

Roell: Insgesamt nicht sonderlich erfolgreich. Wer das versteinerte Gesicht des chinesischen Außenministers nach dem Gespräch mit Maas und der anschließenden Pressekonferenz am 1. September 2020 in Berlin gesehen hat und Chinas Sensibilität kennt, wenn man öffentlich an den Pranger gestellt wird, war dies wohl die größte Schmähung, die Wang Yi auf seiner Europareise widerfuhr und ihn völlig überraschte. Maas kritisierte mit deutlichen Worten nicht nur den Umgang der chinesischen Führung in Hongkong, sondern unterstützte auch die Reise des tschechischen Senatspräsidenten Milos Vystřil mit einer Delegation nach Taiwan, kritisierte Chinas Vorgehen gegen die Uiguren in Xinjiang und betonte, dass man sich für die europäischen Wertevorstellungen auch außerhalb der Außengrenzen der EU einsetzen werde – und zwar in alle Richtungen. Drohungen gegen dieses Engagement werde man nicht mehr akzeptieren. Wie nicht anders zu erwarten, verwahrte sich Wang Yi gegen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VR China.

Thiele: Inwieweit wirken sich die krisenhaften USA-China Beziehungen, die Spannungen im Ost- und Südchinesischen Meer, die

Belt and Road Initiative, die Problematik in Xinjiang, die neuen Sicherheitsgesetze in Hongkong sowie die zunehmenden Spannungen mit Taiwan auf Entscheidungsträger im Politbüro aus?

Roell: Was die gravierenden Spannungen zwischen den USA und China anbelangt, rege ich an, dass wir die Beziehungen Washington-Peking nach den US-Präsidentenwahlen einmal näher ins Auge fassen. Weltweit ist zu beobachten, dass die Politik der VR China kritischer beobachtet wird, sich der Druck auf Xi Jinping erhöht, Allianzen der USA mit Australien, Japan, Indien, Großbritannien intensiviert werden und die EU auf internationaler Ebene ähnlich gesinnte Kooperationspartner sucht.

Thiele: Wie sollte die EU und Deutschland mit Taiwan umgehen, das unsere westlichen Werte vertritt und wirtschaftlich durchaus erfolgreich ist?

Roell: Diplomatisch haben die EU und Deutschland die VR China anerkannt, nicht aber Taiwan. Dies kann aber nicht bedeuten, dass wir Chinas Isolationspolitik teilen müssen. Im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich gibt es zahlreiche Möglichkeiten der Kooperation, die verstärkt genutzt werden sollten. Dies führen uns gerade die Amerikaner vor, und im wirtschaftlichen Bereich ist die EU auf gutem Pfad.

Thiele: Und wie sollte sich die EU und Deutschland gegenüber einem immer selbstbewusster auftretenden China positionieren?

Roell: Zunächst sollten man die enorme Aufbauleistung des chinesischen Volkes würdigen und anerkennen und China nicht als Feind betrachten. Von den Chinesen können wir lernen, mit welcher Dynamik sie sich für die Verwirklichung ihrer Interessen – die wir nicht teilen müssen – einsetzen. Nur wenn die EU in der Lage sein wird, ihre Interessen klar zu definieren und zu kommunizieren, und nach Möglichkeit mit einer Stimme spricht, oder zumindest qualifizierte Mehr-

heitsentscheidungen möglich werden, wird sie auch in China mehr Gehör finden.

Thiele: Sie haben sich über viele Jahre mit China befasst. Was schätzen Sie an Chinesen besonders?

Roell: Ich habe ihren Fleiß, ihre Klugheit, ihre Disziplin und ihren Bildungshunger kennengelernt, was sich nicht ausschließlich auf die VR China bezieht. Chinesen wollen stets die Besten sein und der Atem des Konfuzius ist in ganz China nach wie vor spürbar. Ferner liebe ich die vielfältige und ausgezeichnete chinesische Küche und die große Gastfreundschaft der Chinesen. Abgesehen von „Zweckfreundschaften“, die Chinesen bewusst eingehen, währt eine wirkliche Freundschaft mit Chinesen ein Leben lang, auch mit deren Familienangehörigen.

Thiele: Und was gefällt Ihnen an China nicht sonderlich?

Roell: Aus rein westlicher Sicht schließe ich mich den China kritischen Worten, initiiert von Frankreich und Deutschland, in den Vereinten Nationen an.

Thiele: In unserem Interview im Mai 2020 „VR China: Politische, wirtschaftliche und militärische Auswirkungen der Corona-Krise“¹ sind Sie davon ausgegangen, dass die VR China die Corona-Krise meistern und aus der weltweiten Rezession erfolgreich hervorgehen wird. Sehen Sie das heute auch noch so?

Roell: Ja, bleibe auch weiterhin Optimist, aber auch Realist. The pessimist complains about the wind; the optimist expects it to change; the realist adjusts the sails.

¹ Dr. Roell, Peter: „VR China: Politische, wirtschaftliche und militärische Auswirkungen der Corona-Krise“, ISPSW Institut für Strategie-Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung, ISPSW Strategic Series, issue No. 695, Mai 2020, in: https://www.ispsw.com/wp-content/uploads/2020/05/695_Roell.pdf

Dr. Peter Roell ist seit Januar 2006 Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) in Berlin. Zuvor war er als Senior Advisor für Außen- und Sicherheitspolitik an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel tätig.

Ralph Thiele ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg), Präsident von EuroDefense (Deutschland) und CEO von StratByrd Consulting.

Das Interview erschien erstmalig bei ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security, Issue No. 725, www.ispsw.de Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Neustart der transatlantischen Beziehungen mit Präsident Biden

In Europa – insbesondere in Deutschland – ist die Wahl Joe Bidens zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und Kamala Harris als seiner Vizepräsidentin mit großer Erleichterung aufgenommen worden. Mit Joe Biden kehrt Amerika auf einen berechenbaren Kurs zurück, sein Außenpolitikstil wird sich fundamental von dem seines Vorgängers unterscheiden; nie zuvor ist jemand mit so viel außenpolitischer Erfahrung ins Weiße Haus gewählt worden. Biden war über 30 Jahre Mitglied und lange Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats. Zudem war er acht Jahre als Vizepräsident an allen wichtigen außenpolitischen Entscheidungen Barack Obamas beteiligt. Er ist ein überzeugter Transatlantiker, der maßgeblich vom Kalten Krieg geprägt wurde und für den deshalb die NATO „die wichtigste Allianz in der Geschichte der USA“ ist. Das sind gute Voraussetzungen für einen Neustart der transatlantischen Beziehungen, die in den vier Jahren unter dem häufig irrlichternden Präsidenten Trump stetig neue Tiefpunkte erreicht hat und in der Deutschland häufig zur Zielscheibe „präsidialer“ Attacken wurde.

Allerdings hat sich die Welt seit der Wahl Donald Trumps deutlich verändert – mit aber auch ohne dem Dazutun der USA und ihres Präsidenten. Die wohl folgenreichste Veränderung ist die

Rückkehr der Großmachtrivalität als bestimmendes Element der internationalen Beziehungen; hervorgerufen durch den Aufstieg Chinas und dessen zunehmend offensive Herausforderung der USA. Eine zugleich innen- wie außenpolitische Herausforderung ist die Überwindung der Corona-Pandemie und der von ihr ausgelösten Wirtschaftskrise.

Krisenbewältigung zuhause hat Vorrang

Präsident Biden, der gegen die „America First“-Politik Donald Trumps zu Felde gezogen ist, wird nicht umhinkommen, sich zunächst mit aller Kraft um die Bekämpfung von Covid-19 und die Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft zu kümmern. Schon eine viertel Million Tote hat das Corona-Virus allein in den USA gefordert. Folgerichtig war Bidens erste Entscheidung als *President-elect* die Einrichtung einer Task-Force zur Bekämpfung der Pandemie.

Zudem hat Biden angekündigt sich als Präsident aller Amerikaner um die Versöhnung zwischen den politischen Lagern, um die Bekämpfung des offenen und latenten Rassismus und der wachsenden Ungleichheit zwischen arm und reich zu kümmern.

Auch wird Biden beachten müssen, dass er von einer breiten Koalition, die von bekennenden Sozialisten und Progressiven wie Bernie Sanders und Elizabeth Warren auf der einen Seite bis hin zu Zentristen und *Independents* auf der anderen reicht unterstützt wurde, die sehr unterschiedliche politische Ziele verfolgen.

Auch kam es nicht zu der von den Demokraten erhofften blauen Welle: Im Repräsentantenhaus mussten sie Verluste hinnehmen und bei den Senatswahlen blieben die erhofften Gewinne aus, sodass sie aller Wahrscheinlichkeit nach diesen nicht erobern werden (dafür müssten sie beide Senatorenposten in Georgia gewinnen, was erst Anfang Januar entschieden wird).

Auch muss Biden bedenken, dass Donald Trump seine Wählerbasis deutlich erweitern konnte und mit

71 Millionen deutlich mehr Stimmen gewinnen konnte als noch 2016.

Hinzu kommt, dass Präsident Trump keine Bereitschaft zeigt, seinem Nachfolger durch eine einvernehmliche *transition* den Start zu erleichtern. Dabei wird er (noch) von der republikanischen Mehrheit im Senat unterstützt.

All dieses wird Präsident Biden schon bei der Zusammenstellung seiner Administration bedenken müssen. Hilfreich dürfte sein, dass er als langjähriger Senator über gute Kontakte zum Kongress verfügt. Als Zentrist kommt ihm möglicherweise sogar gelegen, dass er keine Vertreter des progressiven Flügels seiner Partei für eine führende Position durch den Senat bringen können dürfte. Er könnte vielmehr geneigt sein – wie schon Obama – einen Republikaner für ein herausgehobenes Amt zu ernennen, um seine Kooperationsbereitschaft mit der Senatsmehrheit zu signalisieren.

Rückkehr zum Multilateralismus unter amerikanischer Führung

In der März/April-Ausgabe von *Foreign Affairs* skizzierte der Kandidat Biden seine Außenpolitik unter dem Titel: „*Why America Must Lead Again. Rescuing U.S. Foreign Policy After Trump*“. Als oberste Priorität seiner Außenpolitik nennt er die Wiederherstellung der Beziehungen zu den Bündnis- und anderen demokratischen Partnern, vor allem in Europa und Asien, sowie das weltweite Eintreten für Demokratie. Er werde in seinem ersten Amtsjahr zu einem „*Summit for Democracy*“ einladen, um gemeinsam mit demokratischen Partnern Autoritarismus und Korruption zu bekämpfen und um wieder gemeinsam stärker für die Menschenrechte im In- und Ausland einzutreten. Er wolle die USA wieder „*back at the head of the table*“ sehen: „*to work with its allies and partners to mobilize collective action on global threats*“.

Es ist davon auszugehen, dass er – wie angekündigt – am ersten Tag seiner Amtszeit die Rückkehr der USA in das Pariser Klimarahmenabkommen verfügen wird, was in Europa sehr begrüßt werden dürf-

te. Ob er seine ambitionierte „grüne“ Agenda intern durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Der von ihm angekündigte Gipfel der größten CO2-Emitenten, um diese auf ambitioniertere Reduktionsziele einzuschwören und damit den Weg zu einem erfolgreichen COP-Treffen in Glasgow im Herbst 2021 zu ebnen, dürfte sicherlich auch in Europa auf große Zustimmung stoßen. Hier ist nicht zu vergessen, dass es der persönliche Einsatz von Präsident Obama war, der China und Indien dazu bewegt hat, an der Pariser Klimakonferenz teilzunehmen. In den letzten vier Jahren verlor der Kampf gegen den Klimawandel deutlich an Dynamik – vor allem aufgrund der fehlenden amerikanischen Führungskraft, die von den Europäern nicht ersetzt werden konnte.

Ob es auch zu einer Rückkehr der USA zum Atomabkommen (JCPoA) mit dem Iran kommen wird bleibt abzuwarten. Nach Aussagen aus dem sicherheitspolitischen Beraterkreis von Biden dürfte der Iran keine hohe Priorität auf der außenpolitischen Agenda haben, zumal das Abkommen auch in demokratischen Kreisen kritisch beäugt wird; nicht zuletzt aufgrund iranischer Verwicklungen in den Konflikten im Irak, Syrien, Libanon und Jemen.

Schon mit Blick auf die Überwindung der Pandemie, die eine globale Kooperation erfordert, wird Biden sicherlich auch den von Trump erklärten Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) rückgängig machen.

Vielleicht treten die USA unter Präsident Biden auch der von Deutschland in Kooperation mit Frankreich und Kanada initiierten „Allianz für den Multilateralismus“ bei – jedenfalls hat sich der Kandidat Biden im Wahlkampf entsprechend geäußert.

Die Rivalität mit China wird die US-Außenpolitik dominieren

Wenn es noch einen *bipartisan consensus* in den USA gibt, dann darüber, dass die Rivalität mit China die größte Herausforderung für die USA und ihren (vor allem asiatischen) Verbündeten dar-

stellt. „*Great power competition – not terrorism – is now the primary focus of U.S. national security*“ hatte schon Trumps erster Verteidigungsminister Jim Mattis im Januar 2018 erklärt. Biden hat eine lange persönliche Erfahrung mit China. 1979 reiste der damals 36-jährige Senator erstmals ins Reich der Mitte, wo er dem starken Mann der KPC und Initiator der Wirtschaftsreformen Deng Xiaoping den Vorschlag unterbreitete, auf chinesischem Boden amerikanische Horchposten an der Grenze zur Sowjetunion zu errichten. Durch den Sturz des Schahs von Persien durch die Revolution Ayatollah Khomeinis hatten die Amerikaner kurz zuvor ihre Radaranalgen im Iran verloren. Während seiner Vizepräsidentschaft lernte er Xi Jinping kennen, den heutigen starken Mann Chinas. Damals war Biden sowohl einer der Architekten des Versuchs, China zu einem verantwortungsvollen Partner (*stakeholder*, Zoellick) des internationalen Systems zu machen, als auch der *Trans-Pacific Partnership Initiative*, einem zumindest implizit gegen China gerichteten Freihandelsabkommen mit ost- und südostasiatischen Partnern. Im Biden-Lager ist mittlerweile die Erkenntnis gereift, dass die Einbindung Chinas nicht gelungen ist, und dass die Volksrepublik in Asien, in internationalen Organisationen, im Nahen Osten, Afrika und selbst in Europa, immer häufiger aggressiv ihre Interessen durchsetzt. Die USA sind entschlossen, sich China entgegenzustellen. In wenigen Themenbereichen ist das US-Interesse an transatlantischer Zusammenarbeit derzeit so groß wie in der China-Politik. Von der Biden-Administration ist zudem ein stärkerer Fokus auf die Menschenrechtslage in Xinjiang, Tibet und Hongkong zu erwarten. Gleichzeitig dürfte Präsident Biden in den Bereichen Pandemie-Bekämpfung, Klimaschutz und *nuclear non-proliferation* eine Zusammenarbeit mit China anstreben.

Da sich in den letzten Jahren auch die Sicht Europas auf China verändert hat und die EU das Land zunehmend als systemischen Rivalen (EU-HR Borrell, Indo-Pazifik

Leitlinien Frankreichs und Deutschlands) versteht, könnte in diesem Bereich eine produktive Zusammenarbeit entstehen. Gemeinsame Themen gibt es reichlich: Unfaire Wirtschafts- und Handelspraktiken, Menschenrechte, erzwungener Technologietransfer, Daten- und maritime Sicherheit. Allerdings sind die Wirtschaftsbeziehungen zu China für viele europäische Staaten, und nicht zuletzt Deutschland, wichtiger als für die USA. Damit steht für Europa mehr auf dem Spiel. Auch hinsichtlich der Zulassung von Huawei beim Aufbau der 5G-Netze gibt es in Europa keine einheitliche Position.

Kein neuer reset in den amerikanisch-russischen Beziehungen

Als Barack Obama ins Weiße Haus einzog versuchte seine Administration mit Hillary Clinton als Außenministerin einen Neustart der Beziehungen zu Russland. Dieser war schon lange gescheitert, als Putin 2014 mit der Annexion der Krim endgültig eine neue Eiszeit in den Beziehungen zu den USA (und Europa) einleitete. *President-elect* Biden forderte während seiner Wahlkampagne die Einsetzung einer Untersuchungskommission (analog zur „9/11 commission“) bezüglich der russischen Einmischung in die Präsidentschaftswahl 2016. Er hat sich wiederholt entschieden gegen die Einmischung Russlands in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gewandt. In dieses Bild passt sein Eintreten für eine Stärkung der NATO. Auch hier dürfte zu erwarten sein, dass die Biden-Administration eng mit den europäischen Partnern zusammenarbeiten wird, um Putin entgegenzutreten. Diese Zusammenarbeit wird aber vornehmlich im Bündnis erfolgen und auch die EU einbeziehen; im Kontrast zur bilateralen Politik, der Trump insbesondere mit Polen und Rumänien den Vorzug gegeben hat. Gleichzeitig gibt es im Bereich der Rüstungskontrolle die dringliche Notwendigkeit mit Russland über die Verlängerung des Anfang Februar 2021 auslaufenden *New Strategic Arms Reduction Treaty (New START)* über die Reduktion strategischer Nuklearwaffen zu verhandeln.

Die Handelsbeziehungen bleiben angespannt

Joe Biden ist als *free-trader* und Befürworter von Freihandelsabkommen bekannt. Während seiner Zeit als Vizepräsident war Biden eine treibende Kraft in den Verhandlungen für ein *Trans-Pacific Partnership* Abkommen (TPP). Präsident Trump hat die Verhandlungen 2017 abgebrochen, was von vielen mit Blick auf China als strategischer Fehler betrachtet wird. Im Wahlkampf hat sich Biden dafür ausgesprochen nicht dem anschließend ohne die USA zustande gekommenen *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership* (CPTPP) in der bestehenden Form, d.h. ohne Klauseln für Arbeitnehmer- und Umweltschutz, beizutreten. Biden war auch ein Befürworter des *Transatlantic Trade and Investment Partnership* Abkommens (TTIP), dessen Verhandlungen ebenfalls von Donald Trump nicht fortgeführt wurden, das aber ebenfalls in Europa heftig umstritten war. Daher sind Verhandlungen über ein weitreichendes Abkommen, das auch Normen und Standards umfasst, unwahrscheinlich. In Washington wird Biden unter dem Druck des progressiven Flügels der Demokraten stehen, die sich gegen neue bzw. die Erweiterung bestehender Freihandelsabkommen positionieren. Um sich deren Unterstützung zu sichern sprach er sich zwar gegen Trumps „*America First*“, aber für eine „*Buy American*“ und „*Make it in America*“-Politik aus. Die Hoffnung besteht aber, dass die von Trump eingeführten Zölle auf Stahl und Aluminium aufgehoben werden und dass die Drohung mit Zöllen auf Automobilimporte endgültig vom Tisch ist. Eine Einigung wäre auch im Subventionsstreit Airbus/Boeing, in dem beide Seiten nach entsprechenden Entscheidungen der WTO Strafzölle verhängt haben, denkbar. Vielleicht sind kleinere Handelsabkommen zwischen der EU und den USA möglich. Ein Freihandelsabkommen mit den USA ist für Großbritannien noch wichtiger als für die EU. In London bedauern die *Brexiters* den Abgang des Brexit-Befürworters Trump, der den Briten ein vorteil-

haftes Freihandelsabkommen in Aussicht gestellt hatte.

Unter Biden dürften die USA ihre Blockade der WTO aufgeben, die schon unter der Obama-Administration begonnen hatte und unter Trump verschärft wurde. Als Herzstück der WTO sollte vorrangig die unabhängige, zweistufige Streitschlichtung wiederhergestellt werden. Da auch die Europäer für eine Modernisierung des WTO-Regelwerks eintreten, könnte sich auch hier eine fruchtbare transatlantische Zusammenarbeit ergeben.

Eine neue transatlantische Agenda

Allen Europäern sollte klar sein, dass es keine Rückkehr zu den Beziehungen der Obama- oder gar Clinton-Zeit geben wird. Auch in den acht Jahren der Obama-Präsidentschaft herrschte nicht nur eitel Sonnenschein in den transatlantischen Beziehungen. Neben Handelskonflikten, die seit Jahrzehnten zur transatlantischen Realität gehören, wurde u.a. Obamas „pivot to Asia“ in Europa mit Argwohn begleitet. Zudem hat sich die Welt weitergedreht und stellt beide Seiten vor neue, große Herausforderungen, die allerdings nur – oder zumindest besser – auf der Grundlage transatlantischer Partnerschaft gemeinsam und mit größerer Aussicht auf Erfolg angegangen werden können.

Dazu scheint Präsident Biden entschlossen zu sein. Allerdings wird Europa nicht oberste Priorität sein, denn auch sein Blick wird sich vornehmlich nach Innen und nach Asien richten.

Die transatlantischen Beziehungen werden natürlich nicht nur von einer Seite gestaltet. Deutschland und Europa sollten die Chance nutzen ihrerseits mit Vorschlägen auf die neue Administration zuzugehen, solange diese während der diesmal besonders schwierigen *transition* und des ersten halben Jahres noch nicht bei allen Themen festgefügte Positionen eingenommen hat.

Dazu könnte der Vorschlag einer Ausweitung des *European Green Deal* zu einem *Transatlantic*

Green Deal gehören, zumal Biden sich im Wahlkampf für ähnliche Maßnahmen in den USA ausgesprochen hat.

Dazu könnte in Anbetracht des demokratiefeindlichen Populismus auf beiden Seiten des Atlantiks eine *Transatlantic Charter for Democracy* gehören – nach dem Vorbild der *Atlantic Charter*, die Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill am 14. August 1941 auf einem britischen Kriegsschiff vor Neufundland unterzeichneten und die zur Richtschnur alliierter Politik in Europa wurde.

Dazu müssten die Europäer auf jeden Fall den eingeschlagenen Kurs in Richtung „europäischer Souveränität“ („*strategic autonomy*“, Macron) fortsetzen und Deutschland sein internationales (auch militärisches) Engagement ausbauen. Auch Biden wird an dem 2-Prozent-Ziel der NATO festhalten und möglicherweise auch an den Truppenreduzierungen in Deutschland – allerdings nach entsprechender Konsultation in der NATO und mit Berlin.

Eine Einigung über eine gemeinsame europäische Energiepolitik würde den US-Druck auf einen Verzicht auf Nord Stream 2 verringern. Vielleicht wären ein wie auch immer gearteter Ausgleich der entfallenden Transitgebühren für die Ukraine und ein Ausbau der Energie-Interkonnektivität insbesondere zwischen West- und Osteuropa Elemente für eine solche Konsensbildung. Einen solchen Dialog sollte Deutschland (im Kontext seiner aktuellen EU-Ratspräsidentschaft) in der EU anstoßen, um diesen dann auf die transatlantische Ebene auszuweiten.

Zur Gestaltung der transatlantischen Wirtschaftspolitik gehört auch ein Dialog über die Digitalpolitik, die bei Vernachlässigung das Potential bekommen könnte, zu einem großen Konfliktthema zu werden.

Und zuletzt hat der Durchbruch des Mainzer Biotechnologieunternehmens BioNTech in der Herstellung eines hoch wirksamen Impfstoffs gegen das Corona-Virus und seine Kooperation mit dem

US Pharmariesen Pfizer der Politik die Steilvorlage für eine transatlantische Impfstoffallianz geliefert. Die EU hatte bereits im Juni im Rahmen ihrer „Global Response-Initiative“ zu einer (virtuellen) Geberkonferenz zur Förderung der Impfstoffentwicklung, -produktion und -verteilung eingeladen, welche stolze 16 Mrd. Euro zusammenbrachte. Die US-Administration hatte sich unter Präsident Trump nicht beteiligt. Die Biden-Administration dürfte ein großes Interesse daran haben auch in diesem Bereich mit Europa zusammenzuarbeiten – auch um China dieses Feld nicht zu überlassen.

Joe Biden wird der letzte große Transatlantiker im Weißen Haus sein. Europa sollte seine Präsidentschaft, die womöglich nur vier Jahre dauern wird, als Chance nutzen, um die transatlantischen Beziehungen auch für die Zeit danach wetterfest zu machen, wenn das Gewicht Europas in den internationalen Beziehungen aufgrund der Machtverschiebung in Richtung Asien weiter sinkt. Die USA werden auf absehbarer Zeit eine zentrale Rolle für die Sicherheit Europas spielen.

Dr. Heinrich Kreft

Dr. Heinrich Kreft ist Inhaber des Lehrstuhls für Diplomatie an der Andrassy Universität Budapest und Leiter des Zentrums für Diplomatie der Universität. Zuvor war er von 2016-2020 deutscher Botschafter im Großherzogtum Luxemburg
Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Five key military takeaways from Azerbaijani-Armenian war

The ongoing war shows that traditional military-geostrategic calculus is still relevant, with conventional warfighting capabilities to clean, hold, and deny territory remaining crucial

As the Azerbaijani military progresses to regain Armenian-occupied national territories, the

ongoing war offers invaluable lessons for global strategic and military community. Below, I listed five main observations to grasp the future of warfare against the backdrop of the unfolding Upper Karabakh, also known as Nagorno Karabakh, conflict.

Lesson 1: *Without adequate sensors, electronic warfare cover, and counter-drone weaponry, traditional ground units are in Trouble*

The first lesson that the Azerbaijani-Armenian clashes showed is the vulnerability of traditional land units – armored, mechanized, and motorized formations – in the face of advanced drone warfare weaponry and concepts. At the time of writing, open-source intelligence² publications documented some 175 main battle losses for the Armenian occupation forces in Nagorno Karabakh.

The ongoing clashes showed that while the era of tanks is still not over, main battle tanks, along with other traditional land warfare platforms, would make easy targets for unmanned aerial systems (UAS) unless they are accompanied by an organic composition of mobile short-range air defenses, electronic warfare assets, and counter-UAS systems.

Lesson 2: *Integration of land-based fire-support and drones looms large in modern warfare*

Syria has functioned as a warfare laboratory of the 21st century. All the involved actors, ranging from the US-led anti-Daesh coalition to the Iranian Revolutionary Guards and the Lebanese Hezbollah, have demonstrated, tested, and learned about novel military capabilities in the Syrian battleground. Turkey and Russia are the two nations that developed ‘drone – artillery complexes’ during their Syria expeditions.

The Turkish military, especially during Operation Spring Shield targeting the northern deployments of the Syrian Arab Army in early 2020, has used its drones to execute intelligence, surveillance, target acquisition, and reconnais-

sance (ISTAR) missions for the 155mm-class Firtina howitzer and multiple-launch rocket systems. Besides, the Turkish drones were also used for battle damage assessment duties to monitor the effects of the artillery and rocket salvos. Likewise, having digested the lessons from the Syrian battleground, the Armed Forces of the Russian Federation now integrates Orlan-10 drones³ to the 152mm-class artillery.

The Azerbaijani Armed Forces showed yet another example of the drone & land-based fire-support complexes. In many clashes, including night fighting, the Azerbaijani artillery and rocket systems fought in close coordination⁴ with drone warfare assets.

Overall, we are witnessing an increasing tendency in combining unmanned aerial systems with indirect fires in contemporary wars.

Lesson 3: *Intra-war deterrence gain importance*

Overwhelmed by the Azerbaijani offensive, the Armenian side has resorted to targeting Azerbaijan’s population centers and critical national infrastructure with ballistic missiles. In my previous writings for Anadolu Agency⁵, I have analyzed the international legal aspect of Armenian missile campaign which is tantamount to a textbook war crime.

Apart from the legal aspect, the military-strategic dimension of the Armenian forces’ ballistic missile and heavy rocket use during the war deserves attention, highlighting the vital concept of “intra-war deterrence”.

Intra-war deterrence is, briefly, about controlling the escalation patterns⁶ within an ongoing conflict. It incorporates tacit or explicit

bargaining with respect to thresholds and limits of an ongoing conflict. Unlike traditional deterrence theories, intra-war deterrence functions within an ongoing war.

Overwhelmed by Azerbaijan’s technological superiority in the battlefield, the Armenia has resorted to ballistic missile and heavy multiple-launch rocket systems (MLRS) salvos, targeting Azerbaijan’s major population centers. More importantly, the Russian-manufactured SS-26 Iskander ballistic missiles in the Armenian arsenal⁷ makes the situation even more dangerous. Overall, the ongoing war showed that intra-war deterrence, and strategic weapons pertaining to this crucial concept, will keep dominating battlefields in the coming years.

Lastly, on a separate but important note, during the conflict, Azerbaijan used its drones to hunt down Armenia’s Scud-B mobile ballistic missile TELARs (transporter-erector-launcher) in at least one skirmish. If Azerbaijan can extend this concept to a more systematic approach, then one can assume that UAS now have a new battlefield task, destroying road-mobile ballistic missiles before the boost phase.

Lesson 4: *Drones make good SEAD assets against low-to-mid-range air defenses*

In the Syrian and Libyan battlegrounds, Turkey’s Bayraktar TB-2 drone has made a name for itself – the “Pantsir-hunter” – due to the successful kill scorecard of the Russian-manufactured Pantsir short-to-medium range mobile air defense systems. Following the Turkish drone warfare school’s footsteps, the Azerbaijani military has effectively used UAS, especially Bayraktar TB-2, to hunt down the Armenian air defenses. Of course, Roketsan-made smart munitions, predominantly MAM-L, played a chief role in the suppression of enemy air defenses (SEAD) campaign. Only within the first two weeks of the ongoing clashes, the Azerbaijani Armed

² <https://www.oryxspioenkop.com/2020/09/the-fight-for-nagorno-karabakh.html>

³ <https://www.janes.com/defence-news/news-detail/russia-integrates-orlan-10-into-2s5-formations-for-increased-lethality>

⁴ <https://mod.gov.az/en/news/video-of-artillery-shelling-of-the-enemy-headquarters-and-infrastructure-during-the-night-battles-video-32762.html>

⁵ <https://www.aa.com.tr/en/analysis/analysis-armenian-missile-forces-committing-serious-war-crime/2011511>

⁶ <https://press.armywarcollege.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1621&context=monographs>

⁷ <https://edam.org.tr/en/military-alert-the-armenian-military-could-escalate-the-conflict-by-using-iskander-ballistic-missiles/>

Forces destroyed⁸ some 60 pieces of air defenses, mostly 9K33 OSA and 9K35 Strela systems.

Apart from the game-changer Turkish weaponry, Azerbaijan's another important source for such arms is Israel. In this respect, the Israeli Harop loitering munitions – kamikaze drone – come into the forefront. Differently from other unmanned aerial systems base-lines, 'kamikaze drones' carry a warhead tipped on the platform. Therefore, instead of weapons release, loitering munitions dive onto their targets. The Israeli Harop line deserves attention due to two key features. First, it enjoys great autonomy, enabling human on the loop and even human out of the loop operations. Second, it has anti-radiation capabilities which means the drone can detect and autonomously home onto radar emissions. The latter characteristic has been sensationally manifested in Azerbaijan's targeting⁹ of the Armenian air defense forces' Russian-manufactured S-300 strategic SAM (surface-to-air missile) system.

Overall, in the absence of a robust network-centric air defense architecture, and in relatively permissive airspaces, drones proved to be effective SEAD assets. Without a doubt, most UAS are still easy to shoot down compared to manned aircraft. Thus, one cannot claim that against a robust adversary, fielding a complex A2 / AD (anti-access/area-denial) capacity backed by electronic warfare and counter-drone echelons, solely relying on unmanned systems could offer adequate solutions. Drone-based SEAD operations are ideal against adversaries lacking network-centric air defenses and a complete air-picture.

Lesson 5: *Despite the drone age, military-geostrategic calculus still matters*

While Azerbaijan's technological edge and drone warfare have, so far, demonstrated a robust war-

fighting capability, the offensive campaign has had to utilize traditional concepts and weaponry to clear and hold the occupied territories. As the Azerbaijani push developed, Baku's military planning transformed from a drone-driven, overwhelming war of attrition into a more combined arms warfare effort, pursuing a more balanced approach.

In fact, some mid-October writings, in a premature fashion, claimed that¹⁰ although the Azerbaijani military showcased a good drone warfare performance, its territorial gains remained limited. Well, at present, the Azerbaijani territorial gains have a very different outlook than mid-October. The Azerbaijani military captured critical positions, such as the Iranian frontier of its occupied territories, and, at the time of writing, has been advancing for the geostrategically invaluable Lachin corridor.

All in all, the ongoing war shows that the traditional military-geostrategic calculus is still relevant. Conventional warfighting capabilities to clean, hold, and deny territory remains crucial. However, considering the aforementioned 'lesson-1' and 'lesson-2' as to the Armenia – Azerbaijan conflict, one can safely assume that drones are now an integral part of modern combined arms warfare operational art.

Dr. Can Kasapoglu

Dr. Can Kasapoglu is the director of the Security and Defense Research Program at the Istanbul-based think-tank EDAM.

This article was first published Anadolu Agency, 30.10.2020,

<https://www.aa.com.tr/en/analysis/analysis-five-key-military-takeaways-from-azerbaijani-armenian-war/2024430>

Opinions expressed in this contribution are those of the authors.

THEMEN

Clausewitz als früher Theoretiker hybrider Kriegführung

Hybride Kriegführung scheint die neueste und entwickelteste Form der Kriegführung im 21. Jahrhundert zu sein. Wie jedes neue Konzept ist natürlich umstritten, ob diese Form des Krieges wirklich so neu ist, wie es auf den ersten Blick scheint. Prominent wurde der Begriff durch die Besetzung der Krim durch russische Truppen, der weder durch Panzer noch den Einsatz von Kampfflugzeugen erfolgte, sondern durch russische Truppen, die wie Pilze aus dem Boden schossen – oder wie es der Kreml später verlauten ließ, dies seien russische Soldaten auf Urlaub in der Krim gewesen.

Was ist das Wesen hybrider Kriegführung: Die kreative Kombination von staatlicher und nicht-staatlicher, linearer und nicht-linearer Kriegführung, die Nutzung von zivilen und militärischen Mitteln, das Verschwimmen der Grenzen von Krieg und Frieden und schließlich die Ersetzung von hierarchischen Modellen durch Netzwerke (network centric warfare). Aus meiner Sicht ist die Begriffsbildung eigentlich falsch, denn der Krieg ist nur eine von vielfältigen Möglichkeiten hybrider Kriegführung. Insofern müsste man eher von hybridem Kampf oder hybrider Politik sprechen.

Die Unsicherheit bezüglich dieser Begriffsbildung wird deutlich, wenn wir uns die gegensätzlichen Bewertungen vor Augen führen. So wird der Begriff der hybriden Kriegführung dem Generalstabschef der russischen Streitkräfte Gerassimov in einem Vortrag kurz vor der Besetzung der Krim zugeschrieben. Demgegenüber behauptet die russische Seite, die USA und die NATO würden hybride Kriegführung in Venezuela, Syrien, Iran, in der Ukraine und neuerdings in Weißrussland praktizieren. Wie mir verschiedene Quellen versicherten, entspricht die hybride Kriegführung im Wesentlichen dem Comprehensive Approach der NATO (zur Bestimmung hybrider

8

<https://twitter.com/wwwmodgovaz/status/1313798380003434505>

9

<https://www.youtube.com/watch?v=IaLeYemg-Ljc>

¹⁰ <https://warontherocks.com/2020/10/the-second-nagorno-karabakh-war-two-weeks-in/>

der Kriegführung siehe vor allem Johann Schmid 2016).

Meine zwei zentralen Thesen sind nun,

1. dass Clausewitz in seiner wunderlichen Dreifaltigkeit eine im Wesentlichen hybride Bestimmung des Krieges vorgenommen hat und damit
2. jeder Krieg eine hybride Konstruktion ist, die uns aufgrund neuerer Entwicklungen bewusst geworden ist.

Ein Beispiel zur Verdeutlichung wäre der Begriff der Globalisierung, der in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts erfunden wurde. Aber natürlich gab es Globalisierung schon seit 70 000 Jahren, also dem Beginn der kognitiven Revolution, in der sich die Menschheit langsam aber sicher über den ganzen Planeten ausbreitete. Erst in den achtziger Jahren hat die Globalisierung solche Ausmaße und eine solche Intensität erfahren, dass wir uns dieses Phänomens bewusst geworden sind – aber als solches hat es Globalisierung seit Jahrtausenden gegeben.

Analog argumentiere ich im Anschluss an Clausewitz' wunderliche Dreifaltigkeit und mehr noch der Dialektik von Angriff und Verteidigung (Herberg-Rothe 2007), dass jeder Krieg ein Hybrid ist, und dass uns durch verschiedene neuere Entwicklungen die hybride Natur jeden Krieges deutlich wird. Kommen wir zunächst zur wunderlichen Dreifaltigkeit, in der Clausewitz die hybride Natur jedes Krieges hervorhebt. Er argumentiert, dass der Krieg nicht nur ein wahres Chamäleon sei, weil er in jedem konkreten Fall seine Natur etwas ändert. Sondern er sei auch seinen Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf die in ihm herrschenden Tendenzen, eine wunderliche Dreifaltigkeit. Diese sei zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltsamkeit des Krieges, dem Hass und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sei, dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die den Krieg zu einer freien Seelentätigkeit ma-

chen würden und der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch der Krieg dem reinen Verstand anheimfalle (Clausewitz 1991, S. 212-213).

Diese Dreifaltigkeit begreift Clausewitz als sein eigenes Resultat für die Theorie des Krieges. An ihr fällt unmittelbar auf, dass er in ihr einerseits seine weltberühmte Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln wieder aufgreift, zugleich argumentiert, dass diese Bestimmung des Krieges nur eine von drei prinzipiell gleichberechtigten Tendenzen in jedem Krieg ist. Diese drei Tendenzen erschienen zudem wie drei verschiedene Gesetzgebungen. Sie seien tief in der Natur des Gegenstandes verankert und zugleich von veränderlicher Größe. Jede Theorie, die eine der drei unberücksichtigt lassen würde, gerate mit der Wirklichkeit in solchen Widerspruch, „daß sie dadurch allein wie vernichtet betrachtet werden müßte.“ (Clausewitz 1991, 213). Clausewitz schließt damit, die Aufgabe sei, dass sich die Theorie zwischen diesen drei Anziehungspunkten schwebend erhalte.

Die ursprüngliche Gewaltsamkeit des Krieges, der Hass und die Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen seien, auf der einen Seite, und die untergeordnete Natur des Krieges als eines politischen Instrumentes, wodurch der Krieg dem bloßen Verstand anheimfalle, dieser Gegensatz, ja Widerspruch, begründet die hybride Natur eines jeden Krieges in Clausewitz' Konzeption. Krieg sei aus diesen Gegensätzen zusammengesetzt, betont er weiterhin.

In der Geschichte der Clausewitz-Interpretation hat es immer wieder Versuche gegeben, eine der drei Tendenzen zu verabsolutieren – sei es den Primat der Politik und damit die Rationalität des Krieges bei Aron und Paret, die aus der zweiten Tendenz abgeleitete Konzeption des Kampfes im deutschen Generalstab während und zwischen den Weltkriegen oder die Kategorie der Gewalt in der scheinbaren Umkehrung Clausewitz' im Gefolge von Foucault bei

Baberowski und Sofsky sowie den „Gewaltinnovateuren“, die zurecht kritisieren, dass sich die Gewaltanwendung nicht auf den instrumentellen Charakter reduzieren lässt – sinnbildlich nicht wie Messer und Gabel beim Essen verwendet und anschließend abgewaschen werden können. Vielmehr verändert die Gewaltanwendung oftmals auch den ursprünglichen politischen Zweck.

Es sei zugestanden, dass dieser hybride Charakter eines jeden Krieges dessen Instrumentalität in der weltberühmten Formel widerspricht und deshalb von Clausewitz' Gegner Jomini bis zu den Strategen des scheinbar rational zu führenden Atomkrieges wie Collin S. Gray (in seinem Artikel von 1980, *victory is possible*) versucht wurde, diese hybride Konstruktion der wunderlichen Dreifaltigkeit durch eine Hierarchisierung der drei Tendenzen zu ersetzen. Insbesondere in der englischen Fassung von *Vom Kriege* durch Howard und Paret führte dieser Ansatz zu einem weitreichenden Übersetzungsfehler. Denn während Clausewitz schrieb, dass der Krieg in der dritten der drei Tendenzen dem „bloßen Verstand“ anheimfalle, wurde hieraus bei ihnen: „which makes it subject to reason alone“ (Clausewitz 1984, S. 89). Folgerichtig entwickelten Harry G. Summers und Martin van Creveld in Unkenntnis des deutschen Originals hieraus die Konzeption des „trinitarian warfare“, die sie Clausewitz zuschrieben, die aber eine reine Konstruktion von ihnen selbst ist (Herberg-Rothe 2001 und 2007). Vor dem Hintergrund dieser Konzeption wurde dann Clausewitz angesichts neuer Formen der Gewalt etwa in den „Neuen Kriegen“ (Münkler 2001) für überholt erklärt, weil die ihm zugeschriebene Konzeption des trinitarian warfare mit diesen Entwicklungen nicht mehr kompatibel schien.

Ich schließe aus, dass Clausewitz' Gebrauch des Konzeptes der Dreifaltigkeit nur als Illustration diente und ebenso, dass Clausewitz mit der Zusatzbezeichnung „wunderlich“ deren Bedeutung relativierte. Gegen eine solche Interpretation sprechen vor allem

Clausewitz' eigene Hervorhebungen: Resultat für die Theorie, die drei Tendenzen „sind tief in der Natur des Gegenstandes gegründet“, und „Die Aufgabe ist also ...“ (Clausewitz 1991, 213).

Hinzu kommt, dass die weltberühmte Formel als Überschrift von Sektion 24 im ersten Kapitel eingebunden ist in die unmittelbar davor stehende Aussage: „Die Politik also wird den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluss auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zulässt“ (Clausewitz 1991, 210). Clausewitz relativiert hier seine eigene Formel, indem er argumentiert, dass der politische Zweck kein despotischer Gesetzgeber sei, er müsse sich der „Natur des Mittels“ fügen und werde dadurch oft ganz verändert (ebd. 210). Dies beinhaltet, dass die Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ihre Gültigkeit behält, zugleich werden dem Einfluss der Politik Grenzen gesetzt. Bei einer genauen Analyse des ersten Kapitels kann man eine Struktur erkennen, die Werner Hahlweg und Carl Linnebach so beschrieben haben: Clausewitz' Sätze und Gegensätze „wirken wie Gewichte und Gegengewichte, durch deren Spiel und Gegenspiel gewissermaßen die Waage der Wahrheit ins Gleichgewicht gebracht wird.“ (zit. in Clausewitz 1991, 1361; eine Interpretation des ersten Kapitels anhand dieser Methode in Herberg-Rothe 2001 und 2007).

Nachdem wir gesehen haben, dass zwei der drei von Clausewitz genannten Tendenzen im engeren Sinn konträre Gegensätze sind – Gewalt wie ein blinder Naturtrieb gegenüber dem reinen Verstand, im Hegel'schen Sinne vermittelt durch den Kampf – stellt sich die Frage, was sich in den letzten Jahren so geändert hat, dass uns die hybride Natur jeden Krieges nunmehr bewusst wird. Aus meiner Sicht gibt es zwei Gründe, die zwar miteinander verbunden sind, aber gesondert behandelt werden müssen: Eine dieser Ursachen bezieht sich auf technologische

Veränderungen, die andere auf politische und soziale Transformationen in der Weltgesellschaft.

1. Zunächst ist festzuhalten, dass hybride Kriegführung gebunden ist an eine dramatische Beschleunigung von Handlungen im Krieg. Bereits Paul Virilio und in Deutschland Hartmut Rosa hatten die Beschleunigung von Wahrnehmungen und Handlungen durch technologische Entwicklungen hervorgehoben, die zum Eindruck einer absoluten Gleichzeitigkeit führt. Während Clausewitz eine logische Aufeinanderfolge von Aktionen in der Kriegführung betonte, wird diese in Frage gestellt, wenn man tendenziell gleichzeitig auf unterschiedlichsten Ebenen angegriffen wird. Hierdurch werden auch die unterscheidenden Kriterien von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Frage gestellt z.B. bezüglich des Beginns und des Endes von kriegerischen Handlungen etwa in einer Kriegserklärung, einem Waffenstillstand oder einem Friedensvertrag.
2. Zusätzlich werden auch die Grenzen von verschiedenen Handlungsdomänen in Frage gestellt, nicht nur zwischen Land-, See- und Luftkriegsführung, sondern neue Bereiche kommen hinzu: Cyber space, Weltraum, künstliche Intelligenz. Dies ist eine besondere Herausforderung für das Denken in der westlichen Moderne, weil die Trennung von Politik, Religion, sozialen Systemen, Wirtschaft und Ethik zu den Grundlagen dieses Denkens gehören – Um hybrider Kriegführung zu begegnen, werden holistische, ganzheitliche Ansätze benötigt. Wenn auch unbestritten ist, dass Modelle hybrider Kriegführung etwa in Russland und China vermehrt ins Auge gefasst werden, stellt sich die Frage, ob westliche Demokratien diese Hybridität praktizieren können, weil diese ihre eigene Grundlage in Frage stellen würde.

3. Wir sind uns auch noch nicht vollkommen bewusst, welche Konsequenzen die Entwicklung von künstlicher Intelligenz haben wird. Bisher haben wir uns als Menschheit dadurch definiert, dass wir im Unterschied zu Tieren intelligent sind und zumindest manchmal rational handeln. Nun müssen wir akzeptieren, dass wir selbst hybride sind, wie schon Kant betonte, eine Doppelnatur haben und uns von künstlicher Intelligenz gerade dadurch unterscheiden, dass wir eben auch Tiere mit Emotionen, Gefühlen, Intuitionen und eben auch irrationalen Verhalten sind. Die Aufgabe ist also, zu akzeptieren, dass wir in der Strategie viel stärker diese Aspekte einbeziehen müssen als dies etwa in einer überrationalen Clausewitz-Interpretation möglich war. Möglicherweise wird die Entwicklung künstlicher Intelligenz, auch wenn sie im Moment noch am Anfang steht, unser Weltbild ebenso nachhaltig beeinflussen wie die Erkenntnis, dass die Erde weder eine Scheibe ist noch sich im Mittelpunkt der Welt befindet.

Die beiden letzten, aber gleichermaßen bedeutenden Aspekte beziehen sich auf die soziale und politische Transformation.

4. Zum einen der Aufstieg der Anderen, wie dies Faared Zakaria genannt hat, also der Wiederaufstieg der früheren großen Imperien und Zivilisationen, die direkt oder indirekt in der europäischen Kolonialisierung und folgenden europäisch-amerikanischen Hegemonie untergegangen sind, insbesondere die Länder, die an den Ufern des Nord-Pazifik und des Indischen Ozeans gelegen sind, also vor allem, aber nicht ausschließlich, China, Russland und Indien. Hier stimme ich zum Teil mit Dominik Moisis Position überein, dass der Westen voller Angst den Verlust seiner Überlegenheit gegenüber allen anderen fürchtet, die islamisch-arabische Welt dagegen voller Verzweiflung ist, dass die Versprechungen

auf eine glorreiche Zukunft sich in Luft auflösen und die ostasiatischen Nationen voller Hoffnung auf ein besseres Leben bleiben. Damit wird eine hybride Weltpolitik der Normalfall im 21. Jahrhundert.

5. Gegenüber dem Aufstieg der Anderen müssen wir auch konstatieren, dass sich die Globalisierung grundlegend geändert hat, ein Prozess, den ich in Fortführung von Zygmunt Baumans Konzeption der flüchtigen bzw. flüchtigen Moderne als „liquid globalization“ bestimme (Herberg-Rothe/Foerstle, 2020). Hierdurch werden traditionelle Identitäten auf der individuellen, gesellschaftlichen wie staatlichen Ebene aufgelöst. Dies betrifft nicht nur die früher marginalisierten Länder und solche des Global South, sondern zunehmend auch die westlichen Industriestaaten selbst. Versuche, dieser Entwicklung entgegenzutreten, bestehen in vielen Fällen darin, uralte Identitäten wieder zu beleben, die so alt sind, dass ihnen zugetraut wird, auch die gegenwärtige Transformation zu überdauern. Dies betrifft vor allem Religion, Ethnizität, Hautfarbe und vielleicht die älteste Form, das Geschlecht – die letztere Form der Identitätsvergewisserung in Form eines Maskulinismus und Frauentums erklärt die zunehmende Gruppengewalt gegenüber Frauen von Indien bis Mexiko. Ob die Welt durch diese Entwicklungen unregierbar wird, ist noch nicht abzusehen. Was aber bereits sichtbar ist, sind die hieraus folgenden Konflikte um Anerkennung und Identität, die oftmals gewalttätig ausgetragen werden, weil die Ausübung von Gewalt selbst identitätsstiftend ist (Herberg-Rothe, Foerstle 2020).

Hier kommt nun Clausewitz wieder ins Spiel, denn bei ihm müssen wir zwei Kriegskonzeptionen unterscheiden. Einmal die instrumentelle, zum anderen eine, die Herfried Münkler als existentielle bezeichnet hat, die aber im Kern

ein Kampf um Anerkennung und Identität beinhaltet. Diese finden wir hauptsächlich bei dem frühen Clausewitz, aber sie behält ihre Bedeutung in der instrumentellen Kriegsauffassung, in der der Krieg ein Instrument der Politik ist. Denn diese instrumentelle Kriegsauffassung ist bei Clausewitz daran gebunden, dass der Gegner als gleichwertig anerkannt wird (Herberg-Rothe 2001 und 2007). Hinzu kommt, dass wir aus der soziologischen Forschung wissen, dass Identität immer weniger im Sinne eines festen Kerns verstanden wird, sondern eher als Balance von unterschiedlichen Ausprägungen. Identität ist somit keineswegs auf eine Freund-Feind-Erklärung zu reduzieren, wie dies Huntington vorgenommen hat in der Formulierung, wir wüssten, wer wir sind, wenn wir wissen, gegen wen wir sind (Huntington 1996). Die willkürliche Erklärung von Gruppen zu Feinden, wie sie weltweit in der Form: „We versus them“ (Herberg-Rothe, Son, 2018) vorgenommen wird, löst keineswegs das Problem der Identitätsauflösung innerhalb der gegenwärtigen „liquid globalization“ (Herberg-Rothe, Foerstle, 2020).

Im engeren Sinne basiert die Konzeption hybrider Kriegführung auf einer Metaphysik des Kampfes auf allen Ebenen – in gewisser Hinsicht sogar einer Unterordnung der Politik unter die scheinbaren Notwendigkeiten des Kampfes. Clausewitz reduziert seine Konzeption jedoch nicht auf eine Metaphysik des Kampfes, sondern betont das dynamische und widersprüchliche, dialektische Spannungsfeld von Gewalt, Kampf und dem Primat der Politik – er liefert damit ein Verständnis von hybrider Kriegführung, die einer Reduktion auf eine Metaphysik des Kampfes entgegensteht.

Um dies weiter zu entwickeln, ist eine Adaption seiner Definition des Krieges notwendig: Zu Beginn seines Werkes definierte Clausewitz den Krieg als Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen (Clausewitz 1991, 191). Diese Definition des Krieges ist für demokratische Staaten, die den Aspekt der Selbstbestimmung hervorheben,

schwerlich anzuwenden. Eine Anpassung dieser Definition wäre, dass Krieg ein Akt der Gewalt ist, um vom Gegner nicht zur Erfüllung von dessen Willen gezwungen zu werden (Herberg-Rothe 2001 und 2007). Diese Anpassung seiner Definition würde auch viel mehr der Bestimmung von Clausewitz entsprechen, dass der Krieg nicht mit dem Angriff beginnt, sondern mit der Verteidigung (Herberg-Rothe, 2007).

Diese Anpassung seiner Definition ist vor allem für demokratische Staaten von Relevanz. Hier mag eine kurze Erfahrung von mir zur Erläuterung dienen. Auf einem workshop des Joint Research Center der EU in Brüssel im Mai 2019 (an der der Autor teilnahm), wurde die Frage diskutiert, wie man auf hybride Kriegführung reagieren könnte. Nach der Kritik an der angenommenen russischen hybriden Kriegführung fragten die hochrangigen Teilnehmer aus Politik, NATO und Geheimdiensten, wo der Unterschied sei, denn dies würden sie selbst ja auch machen – in andere Staaten auf verdeckte und indirekte Weise intervenieren und diese beeinflussen. Der Unterschied ist aus meiner Sicht, dass demokratische Staaten zwar ebenfalls gezwungen sind, eine hybride Kriegführung aus strategischen Gründen zu praktizieren, aber um demokratische Selbstbestimmung zu ermöglichen, nicht um anderen den eigenen Willen aufzuzwingen.

Dr. Andreas Herberg-Rothe

Andreas Herberg-Rothe ist Senior lecturer an der Hochschule Fulda, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Literatur

- Baberowski, Jörg (2018), Räume der Gewalt. Frankfurt: Fischer
- Bauman, Zygmunt (2000): Alte und neue Gewalt. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Vol. 2, pp. 28-42.
- Bauman, Zygmunt (2008): Flüchtige Zeiten. Leben in der Ungewissheit, Hamburg: Hamburger Edition.
- Clausewitz, Carl von (1991), Vom Kriege. 19. Aufl. Dümmler: Bonn.
- Clausewitz, Carl von (2004) On war. Edited and translated by Michael Howard and Peter Paret. Princeton: Princeton University Press.
- Fukuyama, Francis (2018), Against Identity Politics. The New Tribalism and the Crisis of Democracy. In: Foreign Affairs, Sept./Oct. Retrieved from:

<https://www.foreignaffairs.com/articles/americas/2018-08-14/against-identity-politics>; last access, 3.10.2018, 10.21.

- Gray, Colin and Keith Payne (1980), Victory is possible. In: Foreign Policy, No. 39, pp. 14- 27.
- Herberg-Rothe, Andreas (2001), Das Rätsel Clausewitz. Politische Theorie des Krieges im Widerstreit. München: Fink Verlag
- Herberg-Rothe, Andreas (2007): Clausewitz's puzzle: the political theory of war, Oxford: OUP.
- Herberg-Rothe, Andreas and Son, Keyyoung (2018): Order wars and floating balance. How the rising powers are reshaping our world view in the twenty-first century, London/New York: Routledge.
- Huntington, Samuel P (1996): The clash of civilizations, New York: Simon & Schuster.
- Münkler, Herfried (2001), Die neuen Kriege. Reinbeck: Rowohlt.
- Moisi, Dominique (2010): The Geopolitics of Emotion: How Cultures of Fear, Humiliation, and Hope are Reshaping the World, New York: Doubleday.
- Rosa, Hartmut (2005), Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Schmid, Johann (2016), Hybride Kriegführung und das „Center of Gravity“ der Entscheidung. In: Sicherheit und Frieden, pp. 114-120.
- Sofsky, Wolfgang (1996), Traktat über die Gewalt. Frankfurt: Fischer.
- Virilio, Paul (2008), Geschwindigkeit und Politik: Ein Essay zur Dromologie. Leipzig: Merve.
- Zakaria, Fareed (2008): The Post-American World, New York: W. W. Norton.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

